

John Peet

VOM FREIHANDEL



John Peet war von 2003 bis 2015 Redakteur der Rubrik Europa des *Economist* und ist nun politischer Redakteur. Seine Expertise beinhaltet u. a. Spanien, die EU, EWU, Irland, Italien, die Türkei und Frankreich. Im Mai 2014 veröffentlichte er *Unhappy Union: how the euro crisis – and Europe – can be fixed*.

Während der vielen vergnüglichen Jahre als Teilnehmer und Diskussionsleiter beim Munich Economic Summit (MES) hatte ich einige Differenzen mit Hans-Werner Sinn, so z. B. zu Aspekten der Eurokrise, zur exzessiven Sparpolitik und zum Klimawandel. Stets korrekt waren seine Analysen meiner Meinung nach im Hinblick auf den Freihandel. Dieses Thema ist gerade für den *Economist* von besonderer Bedeutung, da unsere Zeitschrift 1843 gegründet wurde, um für Freihandel und gegen die protektionistischen Korngesetze Großbritanniens zu kämpfen.

Die gedankliche Auseinandersetzung mit und die Argumentation für Freihandel bleiben weiterhin essentiell, gerade weil sie für den Laien nicht intuitiv verständlich sind. So wird David Ricardos auf den Ideen von Adam Smith aufbauende Abhandlung zur Theorie des komparativen Vorteils oftmals als der wichtigste – von Zynikern als der einzige – intellektuelle Fortschritt der Volkswirtschaftslehre bezeich-

net. Bemerkenswert ist außerdem, dass trotz dieser Erkenntnis des 19. Jahrhunderts nachfolgende Generationen von Politikern und Geschäftsleuten weiterhin den Sinn des Freihandels hinterfragen, für Protektionismus und gegen Freihandelsabkommen eintreten.

Deutschland ist dabei einer der Hauptkampf-schauplätze. Seit Bismarcks Argumentation von der »jungen Industrie« gibt es in Deutschland laute Stimmen gegen den immer freieren Handel. Nichtsdestotrotz setzt sich Deutschland seit 1945 vorbildlich für immer weitere GATT- und WTO-Handelsrunden und für mehr Liberalisierung im Europäischen Binnenmarkt ein. Bis jetzt. Denn eine der Schlussfolgerungen des MES 2014 in Bezug auf den Handel im Allgemeinen und das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den Vereinigten Staaten im Besonderen war, dass die öffentliche Meinung in Deutschland zu einem erheblichen Teil in Richtung Antiglobalisierung und Antifreihandel tendiert.

Seit 1999, als Demonstranten die Handelsgespräche in Seattle störten, sind die Gegner des freien Handels wie Pilze aus dem Boden geschossen. Mit TTIP hingegen gibt es ein grundlegendes Problem. Es handelt sich nicht mehr um ein klassisches Handelsabkommen zur Reduzierung von Zöllen und anderen Formen des Protektionismus gegen den freien Güterverkehr, sondern es geht um die Eliminierung nichttarifärer Handelshemmnisse, die durch unterschiedliche Standards in Bereichen wie Gesundheit, Tier- und Pflanzenschutzrecht verursacht werden. Außerdem soll eine Diskriminierung ausländischer Investoren verhindert werden, indem diesen gestattet wird, Regierungen unter bestimmten Umständen zu verklagen. Wie einige andere Handelsabkommen betrifft TTIP sowohl den Handel mit Gütern als auch den mit Dienstleistungen.

Dies scheint die deutschen Empfindlichkeiten am meisten zu treffen. Das Land hat eine der ältesten Umweltbewegungen in Europa. So waren die Grünen lange Zeit Europas erfolgreichste grüne Partei, mit Regierungsbeteiligung auf Bundesebene von 1998 bis 2005. Die Ablehnung von Chlorhühnchen und -salaten oder genmanipulierten Nahrungsmitteln ist in vielen europäischen Ländern tief verwurzelt, aber wahrscheinlich am tiefsten in Deutschland. Folglich ist die Vermittlung eines Freihandelsabkommens, von dem – fälschlicherweise – angenommen wird, dass es einige dieser Dinge zuließe, für politische Entscheidungsträger besonders schwierig.

Der frühere Generaldirektor der WTO, Pascal Lamy, hat diese Situation mit der Bemerkung, Handelsverhandlungen befassten sich mittlerweile weniger mit Protektionismus als mit Vorsichtsmaßnahmen, gut zusammengefasst. Es ist wesentlich leichter, Wähler (und Konsumenten) davon zu überzeugen, Protektionismus abzuschaffen, als davon, Verbraucherschutzbestim-

mungen, die so vielen unserer Lebensmittel-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards zugrunde liegen, zu verwässern, um mehr Handel und Wettbewerb zu schaffen. Gerüchte über die möglichen Gefahren von TTIP sind weit verbreitet – in Amerika wie in Europa. So wird in Großbritannien behauptet, TTIP würde das nationale Gesundheitssystem unterminieren. Überall in Europa gibt es Sorgen, TTIP könne zu Importen von genmanipulierten Organismen, Hormonfleisch sowie Chlorhühnchen führen.

Trotzdem gehen die TTIP-Verhandlungen weiter. Wenn überhaupt, haben sie sogar an Bedeutung gewonnen. Bei begrenztem Interesse an breiten multilateralen Verhandlungen sind TTIP und sein pazifisches Gegenstück, das transpazifische Partnerschaftsabkommen, die einzigen veritablen Optionen. TTIP könnte für die beiden größten Handelsblöcke Europa und Amerika außerdem die letzte Möglichkeit sein, sich über Standards zu einigen, bevor China seinen rechtmäßigen Platz als weltgrößte Handelsnation einnimmt. Außerdem beeinflusst TTIP die britische Entscheidung zur EU-Mitgliedschaft: Ist TTIP erfolgreich, so ist dies ein wesentlicher Grund für Großbritannien, in der EU zu bleiben. Sollte TTIP scheitern, so werden Euroskeptiker verlangen, das Land solle die EU verlassen und ein eigenes Abkommen mit Amerika schließen.

Hier sind die Argumentationskraft und Leidenschaft von Ökonomen wie Hans-Werner Sinn von großer Bedeutung. Die öffentliche Meinung in Deutschland mag zunächst gegen TTIP sein, doch hat die Vergangenheit gezeigt, dass sie offen für überzeugende Argumente ist. Kanzlerin Merkel wie auch der britische Premier Cameron sind fest von TTIP überzeugt. Politiker brauchen jede Unterstützung, die sie bekommen können – von Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Meinungsbildnern –, wenn sie das Abkommen realisieren wollen.